

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme
des Sonntags- und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 60
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 7.20 Mk.
Zahlung bei Post bezogen
1.00 Mk. extra beizulegen.

Die Neue Welt!
(Mittheilungsbeilage),
durch die Post nicht beizule-
gen, kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse:
Wohlschalt Halle a. S.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Infectionsgebühr
beträgt für die 6000000
Pfeifferle oder deren Mann
30 Pfennig
für unanständige Anzeigen
35 Pfennig.
Im redaktionellen Theile
kann die Seite 75 pleniig.
+
Inserate
für die halbe Summe
inhaltslose die wer-
bungslos 1000 bis 2000
Zeilen aufzugeben.
+
Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

Die reichsländische Verfassung und Wahlreform vor dem Reichstage.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben:
Wenige Tage nach dem Gehörten der Reichsgründung, am
Donnerstag, 26. Januar, wird nun der Reichstag endlich mit
der Beratung einer Verfassung beginnen, die den vor
vierzig Jahren eroberten elsass-lothringischen Lan-
den gegeben werden soll.

Man könnte also an einer Art Jubiläumstafel denken! An
den Versuch, das Andenken der Reichsgründung und der
Annexion so zu feiern, daß endlich die gewaltsame Befreiung
des elsass-lothringischen Volkes zur moralischen Eroberung des
elssässischen und lothringischen Volkes angebahnt und vollendet
würde! Seit 1870 ist das Provisorium der reichsländischen Ver-
fassungsgesetze nicht berührt worden. Der Gedanke muß nahe-
liegen, die Erringung jener Zeit zu ehren nicht mit leeren
Wortgepränge, sondern mit einer verjüngten und befreienden
That.

Aber es bedarf nicht der Kenntnis der großstädtigen Rat-
schläge aller möglichen juristischen Staatsmänner, um zu
wissen, daß die preussische Regierungskunst von solchen einig-
maßen heissen Problemen nicht verstohet. Der Wille der Er-
haltung preussischer Ehre, wie ihn die reichslosgewaltigen
oder die Oertlichen Geister am schärfsten betonen, bezieht in
sorgfältiger Ausarbeitung und im zurückhaltenden Stil der
Paragrafenpraxis auch die Entwürfe der Reichsregierung.
An Stelle des preussischen Provisoriums soll das preus-
sische Reichsstatut treten: Das ist die Weiterbildung
unserer Verfassung von der in der letzten Sitzung der
Reichsversammlung durch. Das ist auch die moralische Er-
oberung, an deren Möglichkeit jetzt auch der Kaiser nicht mehr
glauben mag.

Keine bürgerliche Partei — mag sie auch auf die schwächsten
Kompromisse und Abmachungen gefaßt sein — darf es
wagen, diese Entwürfe in ihrem ganzen Charakter vor dem
Volke zu verteidigen. Manche Propheten sagen freilich eine
Mehrheit im Reichstag voraus — um den Preis gelegentlicher
Konzeptionen oder einer vorteilhaften Wahlkreisreform —
aber der Gedanke der Entwürfe, der Untertan, auf dem sie er-
fahren. Das Wesen der Vorlage widerspricht dem Willens-
ausdruck aller großen Parteien, ja sogar dem Wortum
genau primitiven und nachdrücklichen parlamentarischen Sprech-
weise.

Was haben wir? Was fordern wir? Was bietet
man an. — Die Antwort auf diese drei Fragen, die unüber-
lesigliche Begründung dieses Urteils.

Elssass-Lothringen ist Reichsland, d. h. eine der Gesam-
theit der deutschen Bundesstaaten untergeordnete Provinz. Es
wird infolgedessen unmittelbar vom Reichskanzler und in dessen
Vertretung vom Statthalter und einem Reichsamt (Ministerium
Elssass-Lothringens) verwaltet; es ist ferner an der Reichsge-
setzgebung nur durch seine Vertretung im Reichstag beteiligt. Im
Bundesrat hat es kein Stimmrecht; die Landesgesetzgebung kann
auf dem üblichen Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen oder
übungsgemäß aber lediglich vorkommend auf dem Wege: Erlass
durch den Kaiser nach Zustimmung des Bundesrats und des
Reichstages. Der Bundesrat selbst kommt durch ein
veraltetes und nichtsnutziges Stimmrecht zustande.

Wir fordern nun die Umwandlung des Reichslandes
in einen Bundesstaat, und zwar ohne jede monarchische
Verfassung, in einen republikanischen Bundes-
staat Elssass-Lothringens, der seine Vertretung im Bundesrat
haben soll. Seine Stimmen im Bundesrat würde eine dem
Parlament verantwortliche Regierung instruieren, und das
Parlament selbst wäre eine Volkskammer, gewählt auf Grund
des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts
und der Anwendung der Verhältniswahl. Diese Vor-
stellungen, die der Landesparlament in Kolmar und der Gesamt-
parlament in Metz ausgesprochen haben, entsprechen dem
Willen des überwiegenden Teiles des ganzen Volkes.

Und was bietet uns statt dessen die Regierung des Herrn
v. Bethmann-Hollweg?

1. Elssass-Lothringen bleibt Reichsland!
2. Aus der Landesgesetzgebung werden aber allerdings nur noch
theoretisch vorhandene Reichstag und der Bundesrat ausgeschaf-
tet, aber es verbleibt neben dem neuen Bundesrat die erforder-
liche Sanction durch den Kaiser. Und dieser zweifelhafte preus-
sische Einfluß wird noch verstärkt durch die Zusammenfügung
des künftigen Parlaments. Man hört:
3. Der Senat wird gebildet aus einer Ersten und einer
Zweiten Kammer:

Der Ersten Kammer gehören an: eine Reihe ständlicher
Würdenträger, der Präsident des Oberlandesgerichts, ein Ver-
treter der Universität in Straßburg, je ein Vertreter der vier
großen Städte, Vertreter der Handelskammer, des Landwirt-
schaftsrats, der Handelskammer und magisterweise später
Vertreter der Arbeiterkammer; ferner in Elssass-Lothringen
wohlhabende Reichsangehörige, welche der Kaiser auf Vorschlag
des Bundesrats ernannt. Die Zahl der vom Kaiser ernannten
Mitglieder darf die der übrigen Mitglieder nicht übersteigen.
Die Zweite Kammer soll durch geheim und
direktes Wahlrecht mit Altersbestimmungen für das
36. und 45. Lebensjahr gewählt werden. Allgemein ist
das Stimmrecht nur dem Namen nach, da es eine Anzahl un-

finniger Ausnahmestimmungen gegen die nicht „leibhafte“ Ver-
änderung enthält. Etwas die Nachahmung, nur das Ge-
heimnis des 30. Jahres zur Wählbarkeit, sind zahlreich genug.
Das ist der Wesensinhalt des Entwurfs. Die zwei Vor-
teile, die er gegenüber dem jetzigen Zustand gewährt, sind die
Entfernung des Bundesrats aus der Landesgesetzgebung und
die Schaffung eines Wahlrechts, das immerhin an Stelle des
heutigen, vielfach indirekten Systems die Möglichkeit politischer
Parteilichkeit und Aufklärung bietet. Aber gerade in den ver-
fassungserheblichen Grundzügen überwiegen die Nachteile
hundertfach diese kleinen Vorteile. In einem Lande, dessen
Geschichte und dessen Tradition Demokratie wollen, soll jetzt
in dem Augenblicke, wo anderwärts ein Fortschritt alles Über-
haupt abgibt, ein neues Oberhaus als legitimierter
Fortschritt gegründet werden! Schon diese Neuerung ist
die Ablehnung der Demokratie zur Folge haben. Wenn man zu-
dem bedenkt, daß schließlich die Erste Kammer an Stelle des
Bundesrats treten soll, fragt man sich wirklich, wo der Fort-
schritt liegt. Der Bundesrat ist als deutlicher Fremdkörper
immer noch eher zu entfernen, als die Erste Kammer, wenn sie
erst sich festgesetzt hat! Und im Bundesrat ist immerhin süd-
deutsche Opposition mindestens denkbar, die in dieser Ersten
Kammer auch theoretisch von vornherein unmöglich ist!

Wiebe noch das Wahrscheinliche zur Zweiten Kammer,
die Voraussetzung aktiver politischer Wirksamkeit. Es wäre
gerade ein Fortschritt im Vergleich zum heutigen Zustand, aber
selbst wenn man von seinen zahlreichen reaktionären Mängeln,
insbesondere von den an sich unzulässigen Altersgrenzen, die zu
leicht als der Anfang eines weiteren Verfallschrittes er-
scheinen können, zu weichen würde auch das bestehende Fort-
schritt allein die Errichtung der Ersten Kammer völlig wertlos
machen.

Dann aber muß zuletzt nicht zum mindesten beachtet werden,
daß diese Reform, die noch über dreißigjähriger Arbeit unsere
Verfassung „fortschrittlich“ will, daß zugestanden werden wieder
lange Zeit ausreichen soll. Es wäre die Schaffung eines neuen
„Provisoriums“, dessen Vorzüge gegenüber dem heutigen wenig-
stens sehr zweifelhaft sind.

Weder Gesetz, die Gesetzgebung dieser Entwürfe wäre die
Verwirklichung des preussischen Provisoriums.
Die neue Verfassung wäre aufzuheben auf dem Grundgedanken
preussischer Form und Sache, die durch sehr ver-
fassungsmäßige Einrichtungen des Landes selbst noch besonders
geschützt wäre. Diese „Fortbildung“ unserer Verfassung würde
gleichzeitig eine Ausdehnung preussischer Unter-
macht nach dem Süden bedeuten. Staat moralischer Er-
oberung der Elssass-Lothringens, ein Eroberungszug der preus-
sischen Reaktion!
Die Konsequenz drängt sich von selbst auf: diese Entwürfe
sind unannehmbar!

Moabit II.

Es ist kein Wunder, daß man im Lager der Regierung und
der Rechten über das Ergebnis des zweiten Moabiter Prozesses
geradezu entsetzt ist. War schon das Urteil der I. Kammer
eine schwere Niederlage, so bedeutet der Ausgang der Schwei-
gerichtsverhandlung für die Scherzredner und Umkehrer
den völligen Zusammenbruch. Das Verleumdungs-
vergehen von der unheimlichen Wirkung der Sozialdemokratie
wird jetzt sogar von der sehr rechtsliberalen Preussischen Zeitung
für echt und erlöblich erklärt, und die Verleude einiger
schwarzblauer Organe vom Schilde der Post, der Germania und
der Kreuzzeitung, es trotz alledem aufrecht zu erhalten, müt-
ten durch die hilflose Verlegenheit ihrer Urheber ganz flüchtig an.
Hat sich doch erst am letzten Wahlrechts Sonntag wiederum ge-
zeigt, daß die sozialdemokratische Organisation viele Hundert-
tausende ihrer Mitglieder und Anhänger zusammenziehen
kann, ohne daß sich dabei der geringste Reue Zwischenfall
ereignet. Da jetzt sich, wie recht der Vorwärts hatte, wenn er
in den kritischen Tagen Ende September fürchtete, die organisierte
Arbeiterkraft würde mit den republikanischen Straßenjungen
des Moabiter Arbeitervereins im Bund umschwenken fertig werden,
wenn sich nicht die Polizei mit ihren unerschöpflichen Maß-
regeln bewähren dürfte.

Besonders daß natürlich die Rechtsbesehrung, die der
Landgerichtsdirektor Linger den Geschworenen erteilte, den
Schrecken der Monarchisten erregt. Zwar hat Herr Linger
später sein Exemplar, wonach jedermann berechtigt gewesen
wäre, die uniformierten Totschläger des Herrn
mann niederzuknallen, einigermaßen einschränken
versucht, indem er behauptete, nur dem Angegriffenen, nicht dem
unbeteiligten Dritten stehe ein solches Recht des bewaffneten
Vorfalles zu. Doch ist an der abweichenden Ansicht seit jeher
unsernischen Behauptung nichts dadurch geändert worden. So
bemerkte auch der Landrichter a. D. Ernst Mann im Berliner
Lageblatt:

Die Notwehr ist nicht auf den Angriffsman beschränkt,
sie ist jedermann freigegeben. Im Falle der Not-
wehr darf dem rechtswidrig Angegriffenen jeder Dritte Ver-
stand leisten. Das ist im § 33 des Reichsstrafgesetzbuches un-
zweideutig zum Ausdruck gebracht. „Notwehr“, so heißt es da,
„ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen
gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder
einem andern abzuwenden.“ Der Angegriffene und
teigebende andere Person, die ihm Hilfe leistet, stehen nach
dem Gesetze völlig gleich.

Die spätere einschränkende Erklärung des Landgerichts-
direktors Linger dürfte vielleicht auf Vorstellungen zurück-
zuführen sein, die ihm von breiter Seite gemacht worden sind.
Rechtlich steht die Sache aber zweifellos so: War der ange-
griffene Herrmann berechtigt, die Schlägler der Schenkens-
nach Herrn Lingers unbedenklichen Worten — „mit 10 bis 15
gezielten Revolverkugeln“ zu erschlagen, dann war es
jedem Einzelmenschen auch. Zunächst wäre aber, wie wir
schon geteilt bemerkt, ein solcher mutiger Verteidiger des
Rechts schwerlich einer furchtbaren Bestrafung entgangen, und
wäre es denn armer Herrmann selbst gelungen, durch „wohl-
gestellte Revolverkugeln“ sein Leben zu retten, so wäre keine
äußere und rechtmäßige Tat nicht nur das Haupt- und Kern-
stück der staatsrechtlichen Angelegenheiten, sondern man
hätte auch der Sozialdemokratie die „moralische Pflicht“ an
ihm aufzuerheben vermocht.

Die Kreuzzeitung, die das Urteil „milder findet, als man ur-
springlich angenommen hatte“, beschränkt den Landgerichts-
direktor Linger beinahe der Aufreizung zu Verdrehen, wenn sie
schreibt:

Zu fürchten ist allerdings, daß die in der Rechtsbesehrung
des Vorsitzenden enthaltene Bemerkung, wonach gegen die
Gestaltität eines Polizeibeamten, der einen Unberechtigten
niederlag, Gegenwehr, beispielsweise durch einen wohl-
gezielten Revolverbeschuss, nicht rechtmäßig sei, wohl-
gezielte Folgen haben und der Polizei ihre schwere
Aufgabe, gegenüber aufgehobenen Thaten die öffentliche Ord-
nung und Sicherheit zu wahren, noch viel mehr er-
schweren wird. Wohl hat später Landgerichtsdirektor
Linger diese Bemerkung, wie sie in Zeitungsbildern gefaßt
wurde, richtig gestellt. Aber die Wirkung der ursprünglichen
Fassung, die mit großer Eifer in der sozialdemokratischen und
in der sozialchristlichen Presse verbreitet wurde, dürfte dadurch
nicht abgeschwächt werden, sondern als Empfehlung dienen, zu
Schuß gegen Schenkensleute — wie schon heute eine
heftige Schreie lautet — einen Revolver losse in
der Tasche zu tragen.

Schließlich ist dazu zu bemerken, daß die auch von uns wieder-
gegebene Bemerkung des Herrn Linger wirklich so gefaßt ist,
wie sie gedruckt wurde. Herr Linger hat in seiner früheren
eigenen Worte in juristisch unzutreffender Weise ein-
schränkend kommentiert. Die von der Kreuzzeitung ange-
führten Folgen der Lingerschen Rechtsbesehrung dürfen nicht
zu befürchten sein, da die sozialdemokratische Presse auch in
Zukunft nicht müde werden wird, Kaltblütigkeit und Weisheit
zu predigen. Gewiß kann es, namentlich bei Mißhandlung
älterer Leute, Frauen oder Kinder, zu Situationen kommen, in
denen ein Mann zu handeln wissen wird in vollem
Bewußtsein der furchtbaren Folgen, die er dadurch trotz
der vollkommenen Rechtsmäßigkeit seiner Handlungsbeweise auf
sich zieht. In den allermeisten Fällen aber wird polizeilichen
Hilfskräften durch möglichst scharfe und sichere Fest-
stellung ihrer Schandthaten viel besser zu Laide ge-
gangen werden können, als durch körperliche Gewalt, die ge-
wöhnlich im brutalen Massenrausch nur das Gegenteil des ge-
wünschten Zwedes erreicht werden wird.

Es bleibt abzuwarten, was die Regierung tun wird, um
die dringende Aufgabe der Gegenwart, den Schuß der
Bürger vor Ausfärbungen der Schenkensleute zu
lösen. Bleibt sie bei Ordensdeklarationen und Verlobungen,
so wird die Empörung des Volkes über die Polizeigewalt bis
ins Unermessliche steigen.

Der zweite Schlag.

Neber den Moabiter Schwurgerichtsprözeß sah
der Vorwärts sein Urteil wie folgt zusammen:
Der Spruch der Laienrichter ist der zweite geschmetternde
Schlag, den die Interellen am blutigen Moabiter Schwindel, an
Ausnahmestellen wider die Arbeiterkraft trifft. Von adigen
sämlich des schweren Auftrages oder Landbesitzes
Angeklagten sind nur vier wegen dieser schweren Delikte, nur einen
wenigen finden wir verurteilt worden. Bei den anderen
Angeklagten haben die Geschworenen nur relativ harmlose
Straftaten finden können, was für nur wegen Verletzungen
verurteilt worden, vier müssen ganz freigesprochen werden.
Und den wegen der schweren Delikte Verurteilten sind durch-
weg mildere Umstände bewilligt worden.

Damit ist der Höhe von der gefährlichen Revolution, die
die Sozialdemokratie in Moabit entfesselt und insgeheim
geleitet, endlich das Genie gebrochen. Als das unzureichende
Strafhammerurteil mit der für die Revolutionskämpfer so
sehr fatalen Begründung erging, da trösteten sich die Herzen
insgesamt mit der Hoffnung auf das Schwurgericht, wo die
schweren Verbrechen, wo die Mädelstörer vors Wert kommen
würden. Sie kamen und sie entpuppten sich als ganz gewöhn-
liche Staatsanwältler, Steinwerfer und Bergleichen, denen selbst
die Staatsanwaltschaft die milderen Umstände nicht ver-
sagen konnte. Und die Verhandlung endete mit einem Urteil,
in dem der große Unfug, eine Verleumdung, die sonst vom
Schöffengericht gefaßt wird, fast die Hauptrolle spielt!

An der ganzen Verhandlung aber blieb die Sozialdemo-
kratie ganzlich aus dem Spiele. Die Staatsanwaltschaft
hatte aus dem für sie und ihre Mandanten, die Polizei, so
sehr betrüblichen Verlauf der Strafhammerverhandlung so
viel gelernt, daß sie sich schon in der Anklageschrift hätte,

die „Mahgebenden“ mit Hinweisen auf „ungefunde Wege-lichter“.

— **Wassermann** noch immer **obstruieren**. Die Meldung, daß der Abg. Wassermann in Saarbrücken für den nächsten Reichstag kandidiert, ist nicht zutreffend. Die liberale Neue Saarbrücker Zeitung teilt mit:

Nach unseren Informationen ist die Nachricht nicht richtig. Sie kann auch insofern nicht richtig sein, als die Vertreterversammlung, welche die Aufstellung des Reichstagsabgeordneten vorzunehmen hat, noch gar nicht stattfand.

Die Germania erzählt dazu noch:

Richtig ist, daß vor einiger Zeit der Vorstand der national-liberalen Partei für den Wahlkreis Saarbrücken dem Abg. Wassermann für die kommende Reichstagswahl die Kandidatur angetragen hatte. Wassermann hatte jedoch abgelehnt, weil der rechte Flügel, die Vertreter der Großindustrie, sich entschieden gegen seine Kandidatur erklärte. Sein hauptsächlichster Gegner war der Landtagsabgeordnete Dr. Köchling, Mitbegründer der Wöllinger Hütte und der „Lommende“ Mann der Schaarfarnach an der Saar.

Ob es für die Nationalliberalen überhaupt noch einen Wahlkreis gibt, in dem nicht die großindustriellen Schaarfarnacher das erste Wort sprechen, ist fraglich. Wassermann wird eben auch den letzten Schein von „Liberalismus“ ablegen müssen, wenn er, der Partei, ein Unterkommen finden will.

— **Jacobstötter**. Der frühere konservative Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Erfurt, Johannes Jacobstötter, ist im Alter von 71 Jahren in Erfurt gestorben. Jacobstötter war ein harscher und beschränkter Jünger, im übrigen aber ein ehrlicher Mensch, dem Heudeitel und Demagogie fern lag. Ebenfalls gestorben ist der aus dem großen Weinbauungsprozeß bekannte frühere Reichstagsabgeordnete für Kaiserslautern, Otto Sartorius.

Frankreich.

Staatsminister.

Der abgetretene Minister Coghery hat am Ende seiner Amtszeit noch rasch eine Anzahl Günstlinge, im Ministerium herumschlingende Nichtstuer, unter Uebergebung der beruflichen Ämter, in angenehme, d. h. gutbezahlte und „ruhige“ Stellungen befördert. Er muß das etwas sehr rüchsiges gemacht haben, denn die öffentliche Meinung hat den Fall mit Erbarmen und etwas Erregung aufgenommen. Genosse M. Hilar zeigt aber in der Humanität, daß der Fall keinen Anlaß zu besonderer Entrüstung bietet. Alle Minister machen es so! Gleich beim Amtsantritt umgeben sie sich mit einem Hof junger Mitschläger, die zu allerhand, schöner zu bescheidenen Geschäften benutzt werden. Bedeutend ist der eine in seinen, manchmal recht fragwürdigen Privatangelegenheiten, so spazieren die anderen nur zum Schmaus mit der Amtsmappe und lassen sich nur gelegentlich einmal sehen, um ein paarigaretten im Bureau zu rauchen. Hält der Minister, so folgt er noch rasch, wie Herr Coghery es getan hat, möglichst gut für seine Schülinge. Was aber sind das für Leute? Und warum fährt die Kammer, die doch über die Gelder des Landes zu wachen hat, da nicht mit einem Donnerwetter hinein?

Die Sozialisten haben einen darin giesenden Antrag zum Budget eingebracht. Daß sie damit nicht durchbringen konnten, lag auf der Hand. Ist es doch Heißh vom Heißh der Regierungsmehrheit, was da auf Landeskosten einen guten Tag lebt. „Die nationalitätstheoretische Mehrheit Briand wird nie das Amendement von Lissou annehmen, einfach, weil die meisten Kandidaten des Senats Verwandte oder Schülinge von Mitgliedern dieser Mehrheit sind. Es ist eine Korruption, eine unter vielen, die früher an unseren Zuständen arbeitete.“ Bedeutend ist der eine in seinen, manchmal recht fragwürdigen Privatangelegenheiten, so spazieren die anderen nur zum Schmaus mit der Amtsmappe und lassen sich nur gelegentlich einmal sehen, um ein paarigaretten im Bureau zu rauchen. Hält der Minister, so folgt er noch rasch, wie Herr Coghery es getan hat, möglichst gut für seine Schülinge. Was aber sind das für Leute? Und warum fährt die Kammer, die doch über die Gelder des Landes zu wachen hat, da nicht mit einem Donnerwetter hinein?

Nicht anders mit den meisten Präzedenz und sonstigen Departementarügen, die ohne Zeugnisse und Ausschreibung aus der gleichen Sorte genommen werden. „Die Republik ist einer Art Oligarchie überantwortet, die sich die Frucht auf Kosten der Steuerzahler.“ Ein Teil der Schuld fällt auch auf die Staatsbeamten, die sich begnügen, die Haupt im Sack zu machen, wenn sie so von Schmarozern beiseite geschoben werden. Sie lassen sich jetzt dazu widerstandslos das Organisationsrecht nehmen. So wird die Korruption weitergeführt, bis erst eine ehrliche Demokratie das Geschwür der alles überwindenden Zentralisation aufhört und damit der Minister- und Parlamentarismus am Ende macht — zugleich mit der Zulassung der Beamten zu den Bürgerrechten der Meinungsfreiheit und der Organisation. Diese Überwindung des Parassitismus aber wird erst die Sache des Sozialismus sein.

Oesterreich-Ungarn.

Im die Schiffahrtsabgaben.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss der Abgeordnetenhaus, der über die geplante Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe verhandelt und in dem der Handelsminister Weiskirchner die Erklärung wiederholte, daß die Regierung unabänderlich an dem ihr durch die Elbverträge gewährleisteten Rechte festhalten werde, hat beschlossen, die Regierung möge den

verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches erklären, daß sie am Verträge vom 22. Juni 1870 unabänderlich festhalte und daß nach der Ueberzeugung der österreichischen Regierung die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe dem diesbezüglichen Verträge widerspricht.

Rußland.

Minister Zusammenstoß mit der Polizei.

Auf der Robinerer Gasse bei Lody in Rußisch-Polen kam es am Dienstag nachts zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Terroristen und der Polizei. Ein Schussmann wurde erschossen, zwei lebensgefährlich und der vierte leicht verletzt. Den Tätern gelang es, während der gegenseitigen Schießerei zu entkommen. Noch in der Nacht wurden viele Haus-suchungen im Fabrikbereich von Lody vorgenommen und eine Anzahl Personen verhaftet.

Die Verfolgung und Unterdrückung von allem, was sich auch nur im geringsten politisch „verdächtig“ macht, wird unter dem Stolpischen Regime immer schlimmer, und die Terroristen handeln nur in letzterem Notwehr, wenn sie sich dieses Schandregiments zu erwehren versuchen. Neuerdings wurden auf Verstoß des Ministeriums alle Studentenversammlungen in den Hochschulen außer den wissenschaftlichen bei Strafe sofortiger Entlassung vorläufig verboten. Die Anordnung wird angeblich erlassen, um den Studierenden die Möglichkeit zu gewährleisten, ungehindert den Studien obliegen zu können. (?)

Türkei.

Die Kämpfe in Arabien.

Konstantinopel, 25. Januar. Bei Ebnä ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen 700 arabischen Aufständischen und 500 Mann Truppen gekommen. 50 arabische Aufständische wurden getötet, 250 verletzt, die Truppen verloren 50 Tote und hatten 40 Mann Verwundete.

Perlien.

Die englische Antwort.

auf die letzte perlierte Note über die Ange in Süd-Perlien ist Montag überreicht worden. Sie heißt feil, daß die britische Regierung mit Genehmigung von den Ministern Kenntnis nimmt, die perlierte Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung getroffen hat. Da indessen Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß die Sicherheit, die in der letzten Zeit auf dem Wege von Anshir über Azerum nach Schiras gerichtet hat, nur der außerordentlichen Strenge des Winters zu danken sei, so verbarnt die britische Regierung in ihrer abwartenden Haltung und behält sich, falls die von der perlierten Regierung getroffenen Maßnahmen ergebnislos bleiben, das Recht vor, auf der Anstellung von Offizieren der indischen Armee zur Organisation der Wespolizei zu bestehen. Die Antwort stellt ferner fest, daß die britische Regierung mit Rücksicht auf die Forderungen, daß der verlangte zehnprozentige Zollzuschlag auf die Einfuhrwaren von den Anshir nach den britischen Handel treffen würde, dem Anshir Perliens um den Zollzuschlag nicht betreiben könne, wenn nicht britische Offiziere zur Organisation der Gendarmerie angestellt würden.

Japan.

Das Ministerium vollzieht.

Tokio, 24. Januar. Die japanische Regierung hat den zahlreichen Protesten zum Trost, die der an den verurteilten Sozialisten geplante Justizmord überall in Europa herausgefordert hat, das infame Ministerium vollziehen lassen: Dr. Kotozu, der hervorragende Gelehrte und sozialistische Schriftsteller, seine Gattin, sowie die übrigen zehn wegen des angeblichen Komplotts gegen das Leben des Kaisers von Japan und dessen Familie zum Tode Verurteilten sind Dienstag im Gefängnis hingerichtet worden. Man ist — wie es in einer Meldung so schön heißt — in Tokio „darauf gefaßt“, daß diese Hinrichtungen in Europa Protestkundgebungen veranlassen werden. — Man kann aber auch weiter „darauf gefaßt“ sein, daß das internationale Proletariat dieses schändliche Verbrechen, das hier im Namen von „Gefetz und Recht“ verübt wurde, niemals vergessen wird.

China.

Die Bekämpfung der Pest.

Die chinesische Regierung hat in einer Zirkularnote mehrere Mächte gebeten, China im Kampfe gegen die Pest durch Entsendung wissenschaftlicher Kräfte zu unterstützen. Man hat sich in Peking auch an Deutschland gewandt. Die chinesische Gesandtschaft erludt das deutsche auswärtige Amt, die geeigneten Schritte zu tun, daß sich deutsche Ärzte und Gelehrte zur Verfügung stellen.

In Kibjadjan, dem Vethier, sind aus Peking 1000 chinesische Soldaten und eine Anzahl englische Ärzte eingetroffen. Die Sterblichkeit in Ghabin ist nach jüdisch. Jeden Tag werden viele Tote von den Straßen aufgesammelt.

Amerika.

Neue kapitalistische Guverneure.

Von den Zollbehörden angestellte Untersuchungen ergaben, wie dem F. L. von Reupert gemeldet wird, außerordent-

liche Zollhinterziehungen bei der Tabakeinfuhr aus Kuba. Während nach der Natur der Fabrikation sechs Prozent der Einfuhr Deszähler sein müßten, wurde kaum ein Prozent als Deszählerablat, der einem höheren Zoll unterliegt, bezollt. Dadurch ist der Staat seit fünf Jahren um etwa 200 Millionen Mark jährlich gekürzt worden. Deshalb sind die größten Kapitalisten doch die besten „Patrioten“ . . .

Aus der Partei.

Breslauer Justiz.

Ungeheuerer Strafen hat unser Breslauer Parteiflakt, die Volkswacht, in den letzten Monaten über sich ergehen lassen müssen. Jetzt kommt wieder folgende Kunde aus Breslau: Wegen „Verleumdung“ sämtlicher Strafrichter des Breslauer Strafgerichts wurde der Redakteur Gustav Wolff durch eine aus Breslauer Richtern gebildete Strafammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die „Verleumdung“ wurde in einem Artikel der sozialdemokratischen Volksmacht erlitten, in dem gelangt wurde, die Urteile des Breslauer Gerichts gegen die Sozialdemokraten müßten jedem Arbeiter die Würde der Empörung ins Gesicht treffen. Die Volkswacht hat eine Anzahl Jahre mehr Gefängnisstrafen auf sich, als sie Jahre existiert. Einer ihrer Redakteure war also stets im Gefängnis, oftmals jedoch zwei oder drei zu gleicher Zeit. Ein Wort der Kritik über diese furchtbare Verfolgung magt wiederum — den Redakteur für zwei Monate stumm.

Gewerkschaftliches.

Abgebliebene christliche Verleumdung.

In Oels in Schlesien hielt der Gauleiter der Zimmerer, Genosse Schmidt, im Dezember v. J. eine Zimmerer-Versammlung ab, in der nur gewerkschaftliche Angelegenheiten erörtert wurden. Die christlich organisierten Zimmerer waren ebenfalls zu der Versammlung erschienen. Einem ihrer Mitglieder wurde wegen seines unglücklichen Betragens der Zutritt verweigert. Sofort ging dieser Mitarbeiter zur Polizei und denunzierte die Versammlung als eine politische. Ihn wirklich glaubte die Behörde dem Denunzianten und schickte dem Genossen Schmidt einen Strafbescheid wegen Nichterreichung einer „politischen“ Versammlung. Bei der richterlichen Entscheidung schämten die Christlichen sehr schlecht ab. Es gelang ihnen nicht, den Beweis zu erbringen, daß die Versammlung eine politische gewesen sei. Selbst der öffentliche Ankläger mußte die folgenlose Verurteilung beantragen, auf die dann auch das Gericht erntete.

Wie verhält sich diese schäbige, „christliche“ Danksagungswelle mit dem christlichen Gebot: „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten“?

Scharfmacherische Innungsbrüder.

Die wider Zwangs-Innung zu Breslau beschloß in ihrer letzten Quartalsversammlung, dem deutschen Arbeiter-Schutzbund korporativ beizutreten. Eine kleine Anzahl von Innungsmeistern ließ aber die Scharfmacherie nicht mitmachen und hat beim Magistrat als Aufständische Beschwerde eingelegt. Nach mehrfachen Entschreibungen des Oberverwaltungsgerichts ist ein solcher korporativer Beitritt zum Arbeiter-Schutzbund nicht zulässig und Innungsgeber dürfen für solche Zwecke nicht verwandt werden. Von besseren Verhältnissen des Magistrats der Innungsmehrheit sei mitgeteilt, daß sich die Breslauer Widergehilfen in einer Lohnbewegung befinden.

Der Sekerfreit in Finnland.

Der Streit der finnischen Duckerarbeiter, der nun schon die vierte Woche anhält, wird mit fast ungeminderter Kraft fortgeführt. In einigen Städten (Helsinki, Worgo u. a.) haben die Unternehmer nach und die Zeitungen konnten wieder herausgegeben werden. Mit besonderer Erbitterung wird in Helsinki, Wbo und Wiborg gekämpft. Die russischen Behörden kommen dem Internementor zu Hilfe, indem sie den Arbeitern das Streikpostenverbot und auch sonst auf jede Weise aufzutreten suchen. Sie werden aber mit ihren Propagandas keinen Erfolg haben. Dafür bürgt die Solidarität und die Disziplin der finnischen Arbeiterschaft.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Lohnbewegung der Glasbläser in der Oberpalt ist in ein neues Stadium eingetreten. Die bayerische Regierung hat mit den Industriellen und den Vertretern der Organisation der Arbeiter einen Tarif ausgearbeitet. Dieser Tarif bringt jedoch so minimale Zugeständnisse, daß am Sonntag, den 20. Januar, stattfindende Konferenz der Glasarbeiter in Wien diesen Tarif wohl ablehnen wird, so daß dann häufiger der Streit zu erwarten ist.

In der Metallarbeit Eisenberg in Erfurt haben 41 Mann die Arbeit niedergelagt. Unterhandlungen mit dem Brauereis- und Metallarbeiterverband über die eingereichten Forderungen lehnte die Firma ab. Da außerdem die Jugendverbände durchaus ungenügend waren, legten die 41 Mann die Arbeit nieder. Zugunzt fernzuhalten.

Die Differenzen der Glasarbeiter in Immenhausen mit der dortigen Firma dauern fort. Dem Verbands der Glasarbeiter war es nicht möglich, durch eine Verhandlung eine Verständigung herbeizuführen. Die Direktion erklärte, daß sie von ihren Arbeitern verlange, daß sie feiner gewerkschaftliche Organisation angehören (1) dürfen. — Alle Glasarbeiter mögen Immenhausen meiden.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Zurückgesetzte Preise

Kleiderstoffen, Damen- und Kinder-Konfektion, Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche, Schürzen, Pelzwaren, Damen-Putz, Weißwaren, Seiden-Bänder, Spitzen, Tüll- u. Spachtelstoffe, Handschuhe, Krawatten, Schirme, Unterröcke, Ball-Schals, Damen- und Kinder-Mützen, Gärtel, Strickwolle, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Diwanddecken, Bettstellen.

Geschäftshaus

J. LEWIN

- Halle a. S. -
Marktplatz 2 u. 3.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
 Anfang 8.15 Uhr.
 Gewöhnliche Preise.
Bellfallstürme! Jubel!
 Auf Wunsch ab heute: **Verbotene Frucht,**
 sowie **Nacharbeit, Die unmoralische Wohnung**
 und zum 27. Mal: **Loos No. 33.**
 Letzte O.P.-Vorstellung
 31. Januar.

„Volksparke“
 Burgstrasse 27.
 Freitag, 27. und Sonnabend, 28. Januar
 in den festlich geschmückten Partier-Räumen:
Urtheiles Bockbier-Fest
 Leitung: Kapellmeister Seeger.
 Motto: „Altwelt urtheil!“
 Unter anderem:
„Sturm auf Port Arthur!“
 Großer humoristischer Bierschurz
 unter Mitwirkung des gesamten anwesenden Publikums.
 Die beliebtesten Sappelhüte
 sind wieder frisch eingetroffen!
 Um gütigst zahlreichen Zuspruch bittet, freundlichst
 grüssend
 Die Geschäftsleitung.

Der Bekanntheit sucht, wer nach Desdensheit mal keine
 Lachsmilch in Quezama bringen, wer sein Genut in höhere
 Afforde verleben, wer keinen Gedichtpreis erueitern, keine Kennt-
 nisse berechnen, und wer sich laufend über die neuesten Tages-
 ereignisse aus aller Welt unterrichten will, der verjähne nicht das
Burg-Kino-Theater, Triftstr. 22,
 hängig zu belnben. Vom 25. bis 27. Januar: **Grossartiges**
Programm. 1. Plog: 30 Pfa. 2. Plog: 20 Pfa.

Sport-Klub Gleibichenstein.
 Sonnabend den 28. Januar
 in Hennigs Gesellschaftshaus, Reifstr. 60
Gr. Maskenball.
 Hierzu ladet Fremde und Gönner ein. Der Vorstand.

E. Klars Masken-Verleih-Geschäft
 empfiehlt neue Holte
Herren- und Damen-
Masken-Kostüme
 in grösster Auswahl zu billigen Preisen.
 Geiststrasse 3 (neben Davids Heubau).

Hepffel!
 In großer Auswahl in Str. u.
 einzeln billig zu verkaufen, pro
 Stück von 1 Mark an, wegen
 Näherung des Jahres.
Friedrich Berger
 Rathausstraße 13a.

Rossleben.
 Restaur. Bürgerhaus.
 Von Sonnabend, 28. Januar, ab:
 Anstich von
ff. Bockbier
 der Alstetter Brauerei.
 Hierzu ladet freund-
 licher ein
Otto Buchhorn.

von 1.90 Mk. an.
Spül-Apparate
 für Frauen,
 reichhaltige Auswahl,
 beste Fabrikate.
Hugo Nehab
 Nachf.,
 Grosse Ulrichstr. 27,
 obere Leipzigerstr. 66.
 Auf Firma und Hansnummer
 bitte genau zu achten.

Drahtzäune
 Drahtgitter, Drahtgeflechte,
 Drahtgewebe in allen Metallen
 für jeden Zweck,
 Stahldraht etc., starke
 Durchwurfskörbe.
 Hallesche Drahtweberei
 von C. H. Heiland,
 Magdeburgerstrasse 61.
 Fernspr. 2476.

Militärstiefel,
 neue und getragene Galtstiefel
 und Zehntüchle, große
 Auswahl, verkauft billig
 unter
J. Sternlicht, Markt 11.
Selt. Gelegenheitskauf
 1 Bibliothek des allgemeinen u.
 praktischen Wissens, 6 Bände,
 gut gebunden, fast neu,
 1 Carlyle, Die französische Re-
 volution, 3 Bände, gut gebunden,
 in neuerhalteten Einbänden
 seien billig zu verkaufen.
 Interessenten wollen sich die
 Werke ansehen in der
Volksbuchhandlung,
 Halle a. S., Harz 42/43.

Nur acht mit Firma „Juwel“, Dresden.
Möbel: Kleiderstie-
 lere 24 Pfg.,
 Verloses
 35 Mk., Spiegel m. a. d. Hl.
 10 Mk., Sofas, Bettf., Wa-
 sstrayen Tisch. Stühle Stühlen
 undel billig zu verkaufen.
 August Heise, Geißeitr. 31.
 + Plandsche aller Art handl. u. Klus-
 strasse 16 die Ein- u. Verkaufszentrale.

Arbeiter-Bildungsverein, Halle-Grönlitz.
 Donnerstag den 2. Februar 1911 abends 8 1/2 Uhr
 im großen Saale des Volksparkes, Burgstraße 27:
Theater-Abend.
 Zur Aufführung gelangt:
Die Waffen nieder.
 Drama in 4 Akten von Hans Engler, nach dem Roman Die Waffen nieder
 von Beria v. Suttner.
 Einlog 7 1/2 Hbr. Rauchen nicht gestattet. Eintritt 25 Pfa.
 Programme sind zu haben in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen des
 Konsumvereins, in der Volksbuchhandlung, Harz 42/43, sowie bei H. Albrecht,
 Bazarhandlung, Lindenstraße 24, G. Reinlin, Bazarhandlung, Torfr. 43,
 S. Schneider, Bazarhandlung, Behnestr. 23, J. Sannow, Bazarhand-
 lung, Geißeitr. 5, Paul Weisauer, Bazarhandlung, Mittelmstraße 9, R. Schwab-
 band, Geißeitr. 11, Klausstr. 11, Volkspark, Burgstr. 27, sowie an der Abendkasse.

Bock-Würste,
 täglich frisch:

Bock - Würstchen	20 Stück	3 Mk.
Regensburg "	33 "	3 "
Jauersche "	40 "	3 "
Wiener "	45 "	3 "
Wiener (kl.) "	84 "	3 "
Knoblauchwurst	Pfund	80 "

 Konserviert in Dosen:

Bock-Würstchen	Inh.: 8 St.	1.20 Mk.
do.	" 12 "	1.80 "
Regensburg "	" 12 "	2.40 "
do.	" 20 "	4.00 "
Wiener "	" 40 "	6.00 "
do.	" 24 "	3.60 "
do.	" 20 "	3.00 "
do.	" 10 "	1.60 "
do.	" 5 "	0.85 "
Wiener (kl.) "	" 75 "	5.80 "
do.	" 40 "	3.00 "

 Bei Entnahme von 10 Dosen, ermässigte Preise.

Hermann Brodthuhn,
 nachweisslich grösste Spezial-Wurstfabrik
 und Versandhaus am Platze.
Halle a. S., Kapellengasse 4,
 Fernruf 2786 (hintern Stadttheater).

Rauchen Sie

Kleine Sachsen
 beste 2 Pfg.-Zigarette.
 Nur acht mit Firma „Juwel“, Dresden.

Erstklassige Rock- und Hosenschneider
 finden dauernde Beschäftigung bei
Albert Drechsler Nachf., Poststrasse 21.

Apollo-Theater.
 Direction: Gustav Pöller.
Ein Erfolg ohne Gleichen.
 Günst. Sänger,
 Fenerntler,
 Gausler, Gaulti-
 briken usw. usw.
 in prächtigen
 Nationaltrachten
 mit Seiden- und
 Goldstickereien.
Die Sappahrt:
 durch den
 Sufhaertraum.
Stürmischer Lacherfolg
 von **Haskel**
 Heute zum letzten Male:
Die Venus von Milo
 Ab Donnerstag den 26. Jan.:
Der Musterspa
 und die über 50 Situationen

Stadttheater Halle.
 Direction: Geh. Hofrat H. Richards.
 Fernruf 1181.
 Donnerstag den 26. Jan. 1911.
 130. Vorstellung l. Ab. 2. Viertel.
Martha
 oder: Der Markt zu Richmond.
 Romantisch-fantastische Oper in
 4 Akten von Friedrich von Flotow.
 Wallfängsingen 7 Uhr.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Zopf und Schwert.
 Stoffliches Lustspiel in 5 Aufzügen
 von Karl Gutzkow.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 131. Vorstellung l. Ab. 3. Viertel.
Novität!
 Bei festlich erleuchtetem Haus:
 — Jubel-ouverture —
 von C. M. v. Weber.
 Zum 3. Male:
Königskinder.
 Pantomime in drei Bildern
 von Engelbert Humperdinck.

Cacao
 eigenes Fabrikat von 90 Pfa.
 pro Pfd. bis 2.50 Mk. empfiehlt
Carl Booch,
 Breitestr. u. Marktplatz in Turm.

Parteischriften empfiehlt die
Volksbuchhandl.

Ständesamliche Nachrichten
 Halle-Sub (Steinweg 2), 24. Jan.
 Aufgeboten: Arbeiter Kaufa
 und Marie Emmerich (Schiffstr. 6),
 Walter Bauer und Anna Kinnam
 (Mansfelderstraße 59 und Kruten-
 bergstraße 26), Schloffer Fuchs
 und Frida Brunner (Turfur und
 Halle a. S.) Arbeiter Dohn und
 und Frida Gerke (Halle a. S.), u.
 Sabberhandl. Kaufmann R. Bie-
 hing und Margarete Rotenberg
 (Halle a. S. und Wendenburg).
Geboren: Giffschaffner Rict
 Z. (Fellhägerstraße 76), Hols-
 tädter Gerns S. (Gartenstr. 30),
 Antrichtler Siebler Z. (Maus-
 bergerstraße 6), Barbier Bern-
 hardt Z. (Gaulschäferstraße 9),
 Weichmann Helger S. (Lauen-
 str. 24), Schloffer Hagenau
 Z. (Weidenauerstraße 20), Hiers-
 meiter Martin Z. (Streiber-
 strasse 24), Giffschaffner Hel-
 muth S. (Weidenauerstraße 109),
 Künimader Vogel aus Leipzig-
 Reuth Z. (Lafolstraße 38).
Gestorben: Dienlmann Schade
 63 J. (Laudenstraße 10), Schüte-
 stepper Wolf 73 J. (Stenrstr. 8),
 Arbeiters Helger aus Roßbich
 S. 4 J. (Künigensstraße 11), Sals-
 tieber Ulrich, 46 J. (Gerren-
 strasse 2), Ruchers Ganger-
 mann Ehefrau Dorothee geb.
 Köhmann aus Köschitz, 62 Jahr
 (Kittin).

Erprobtes Hustenmittel
Johannisbeersaft.
Karl Krügen,
 Universal-Drogerie,
 Merseburgerstraße.

Papier- u. Papponabfälle
 kaufen jeden Posten
H. Braunauerstr. 26.

Arbeitsmarkt
Tapezier- u. Dekorateur-Lehrning
 stellt ein
Ernst Schlüter Jun., Mittelftr. 3.

Faust- u. Militärhandschuhe,
 gebraucht, verkauft billig
J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Ständesamliche Nachrichten
 Halle-Sub (Gr. Brunnenstr. 3a),
 21. Januar.
Aufgeboten: Arbeiter Schüb
 und Erdmunt Schüb (Körner-
 strasse 21 und Grosse Markt 2),
Geboren: Schloffer Biebing Z.
 (Grosse Goleenstraße 23), Vera-
 Helger Kämmer Z. (Lobnitzstr.-
 strasse 33), Arbeiter Schönefeld
 Z. (Körnerstr. 11), Barbier Otto
 S. (Lobnitzstr. 64).
Gestorben: Desperofeeder
 Stabe, 58 J. (Lobnitzstr. 56),
 Magazinverwalter Wendenburg,
 91 J. (Lobnitzstr. 14), Jn-
 baldie Esche, 79 J. (Klosterstr. 7).

Sür die Inserate verantwortlich: H. H. J. G. u. E. — Druck der Halle'sch. Verlags- u. Buchdr. (E. G. M. H. G.) — Verleger: Hermann August G. J. S. H. u. G. — Stimpf. l. Halle a. S.

Nummer 5 der

Neuen Welt erscheint nächsten Sonnabend

Sie bringt den Anfang eines neuen Romans von Alfred Döbl „Die Pariser“, eine lebhaft Schilderung der Republik San Marino von A. Bsch, geschmückt mit 12 gelungenen Illustrationen, eine Erzählung von Seeliger „Miss Ipsen von Bombell“, die Fortsetzung von Conradys „Die Niederländer auf den Molukken, ein Gedicht von Leo Heller „Am Abend“, und neben einigen Notizen ein vortreffliches Bild der am 8. Januar verstorbenen Genossin Emma Ihrer, ferner ein solches von der Massenkundgebung des Mühlhauener Proletariats am 8. Januar 1911.

Die

Neue Welt ist die Wochenschrift des Proletariats,

deshalb sollte jeder Leser des Volksblattes die Neue Welt abonnieren. Der geringe Preis von 10 Pfennig pro Monat für mindestens 4 Nummern steht in keinem Verhältnis zu dem Gebotenen.

Verlange jedermann die Neue Welt vom Austräger für monatlich 10 Pfennig frei ins Haus.

Landarbeiterelend.

Aus dem preussischen Dreiklassenhause.

Im Dreiklassenhause führte am Dienstag die Fortsetzung der zweiten Lesung des Landwirtschaftsetats beim Titel Minister zu einer umfassenden Debatte. Der konservative Abg. v. Kessel sang wieder einmal das abgeleitete und nur noch fonsich witzende Lied von der notleidenden Landwirtschaft und machte im voraus die preussische Regierung gegen nicht sowohl freihändlerische als antihändlerische Maßnahmen in den künftigen Reichstag scharf. In dieselbe Reihe rief der junge Kardoffel, der, getreulich auf den Spuren des Vaters wandelnd, die Nationalliberalen wegen ihres partiellen Aufkommens mit dem Freisinn und Bornwürfen überhäufte. Herr Glagel übernahm die Verteidigung der angegriffenen nationalliberalen Partei. Er rügte den Konservativen die Haltung bei der Finanzreform vor, vermahnte aber seine Partei mit Entschiedenheit gegen den schredlichen Verdacht freihändlerischer Gesinnung. Echt nationalliberal! Der Minister v. Schorlemer schwieg sich über die großen Fragen hartnäckig aus und verbreitete sich nur über verhältnismäßig untergeordnete Dinge. Er schwang sich sogar dazu auf, die Bekanntmachung der Versammlungen des Bundes der Landwirte durch die amtlichen Landwirtschaftskammern mit einem leisen Tadel zu bedenken. Eine einigermaßen scharfe Rede gegen die Verdrängung und Herrschaft der Großgrundbesitzer hielt der Freisinnige Cragel. Das Verdienst, auf den Interessengegensatz zwischen großen und kleinen Grundbesitz erneut hinzuweisen zu haben, soll dem fortschrittlichen Redner nicht bestritten werden. Aber gegenüber dem ländlichen Proletariat hat schon seit 1848 der Liberalismus, auch der „entschiedene“ Liberalismus, stets eine Haltung eingenommen, die oftmals verräterisch, im besten Falle lau war. Erst seit die Sozialdemokratie in das Dreiklassenhaus eingezogen ist, wird, zum erstenmal seit der Vereinbarungsversammlung von 1848, in der das Landproletariat einige Vertreter besaß, die Sache der ländlichen Arbeiter mit Nachdruck wahrgenommen. In einer großangelegten Rede beleuchtete Genosse Leinert die Lage des ländlichen Proletariats, die in rechtlicher Beziehung ein Nohn auf den Rechtsstaat, faktuell eine Satire auf die Entwicklung, moralisch eine Verhöhnung des Christentums, wissenschaftlich ein hülloses Gegenstück zu der durch Fortschrittlich künstlich geförderten Mitte des Agrariats ist. Und doch reichen die Verluste der Agrarier nicht ab „Strengparlament“ die Landarbeiter noch weiter zu beeinträchtigen und zu schädigen. Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Die Rede des Genossen Leinert sei hier kurz wiedergegeben

Abg. Leinert (Soz.):

Es wurde behauptet, daß die Rentabilität der Landwirtschaft nur 2,7 Prozent beträgt. Nach den wirtschaftlichen Ergebnissen der Domänen aus dem Jahre 1901 stimmt diese Zahl allerdings. Zugleich sind die Werte doch aber bedeutend gestiegen, wie auch die amtliche Denkschrift feststellt, die auch betont, daß die Rentabilität privater Betriebe damit nicht zu vergleichen ist. In der Tat haben die Großgrundbesitzer so ständige Seit wie jetzt noch nie gehabt, sie haben geradezu unbedachte Einkommen durch die Zollpolitik gehabt. Das nicht wieder die Karte schützender Mehrheit in den Reichstag einzicht,

hoffen wir allerdings und werden das unfruchtbar dazu tun. (Wraol b. d. Soz.) Seinerzeit führte man die hohen Zölle ein, damit, wie man sagte, die Löhne der Arbeiter erhöht werden könnten. Das ist aber nicht geschehen. (Widerpruch rechts.) Man macht die Zeit der Ernte nach Möglichkeit zu beschränken, um an Löhnen zu sparen. Die Statistik beweist, daß die Armut auf dem Lande größer ist, während es auf dem Lande mehr Leute gibt, die mehr als 6000 Mk. Vermögen haben. Die Leute mit unter 900 Mk. Einkommen sind ausschließlich die ländlichen Arbeiter.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Auch eine Statistik der Deutschen Agrarzeitung beweist dies. Die Vermögensveranlagung auf dem Lande weist seit 1902 einen ständigen Aufstieg auf; das Einkommen ist seitdem gestiegen um 97 Millionen Mark, 66 Prozent der hauptsächlich in der Landwirtschaft Beschäftigten waren steuerfrei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Ertrag pro Hektar ist enorm gestiegen, was natürlich namentlich den Großgrundbesitzern zugute kommt. 19 000 Großgrundbesitzer haben mehr als den vierten Teil der gesamten bebauten Fläche im Besitz, nämlich soviel als 2 600 000 kleiner bis 5 Hektar. Wir müssen also eine Herabsetzung der Zölle verlangen, damit

das Volk billiges Brot bekommen

kann. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind seit 1902 außerordentlich gestiegen. (Widerpruch rechts.) Das beweisen die statistischen Nachrechnungen der Regierung selbst. Redner führte die einzelnen Zahlen aus der Statistik an. In den letzten drei Monaten 1909 war der Preis für Roggen und Weizen bei uns erheblich teurer als im Ausland. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auf die Weizen können Sie die Schuld an der Zuerung nicht abgeben. Nach Prof. Brentano ist das Brotgetreide durch die Zölle um 800 Millionen Mark verteuert worden, nach meinen Berechnungen beträgt die Verteuerung mindestens 300 Millionen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von all diesen Vorteilen der Zollpolitik haben die Arbeiter nichts gehabt. Die ländlichen Wohnungen sind nach den Berichten der Kreisräte noch immer sehr traurig, sogar Neubauten sollen nach diesen Berichten infolge der Verteuerung von Stallräumen und Wohnungen vielfach gänzlich unbrauchbar sein. (Lachen rechts.) Dies sind amtliche Berichte, die durch Ihre Lachen nicht widerlegt werden. Ihre Lachen beweist nur, daß Sie für diese Fragen kein Verständnis haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Am wenigsten sind nach diesen Berichten die Unterrichtsstände für ländliche Diensthilfen. Die Weinordnung feiert jetzt ihr 100jähriges Jubiläum. Welche Summe von Geld und Unterdrückung hat sie in dieser Zeit verschundet! (Lachen b. d. Soz.) Dazu kommt das Kontraktbrudergesetz von 1854, das den Landarbeitern in Preußen die Möglichkeit, sich durch Koalition höhere Löhne zu erzwingen, vollständig nimmt. Entschiedenweise hat der Minister erklärt, diese Materie gehört vor den Reichstag. Dort hat ja glücklicherweise das Agrariertum nicht die Mehrheit wie hier.

Mit den Ausführungen des Herrn Glagel zu dieser Frage steht die sonstige Haltung der Nationalliberalen in Arbeiterfragen nicht in Einklang. Durch das Gesetz von 1854 und die Weinordnung sind die Landarbeiter zu Soldaten herabgedrückt. (Lachen rechts.) — Sehr wahr! b. d. Soz.) Dabei werden diese Gesetze immer häufiger durchgebrochen. Ein Landarbeiter wurde wegen Kontraktbruch angeklagt, ihm war eine Vorknerrhöhung von einigen Pfennigen verweigert worden. Er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt und hatte dann noch die

Kosten des Verfahrens zu tragen, u. a. 11 Mk. Zeugengebühren für den Grundbesitzer, der ihn verurteilt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir werden im Reichstag dafür sorgen, daß diese Strafbestrafungen aufgehoben werden. Die Kontrolle der preussischen Landwirtschaftskammer will den Kontraktbruch durch Kantons-einbehalten betreiben. Das beweist, daß diese Herren gar kein soziales Gefühl und keine Ahnung von dem Elend der Landarbeiter haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch durch die Reichsversicherungsordnung sollen die Landarbeiter wieder vergewaltigt werden; sie sollen ihre Krankenkassen nicht selbst verwwalten dürfen! (Hört, hört! b. d. Soz.) Für diese Verachtlichung der Landarbeiter gegenüber den gewerblichen sind auch das Zentrum und die Nationalliberalen eingetreten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ihre Verurteilung auf den Widerspruch der Regierung ist eine faule Ausrede. Bei der Finanzreform hat das Zentrum es sehr gut verstanden, die Regierung zu zwingen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Schon bei vorübergehendem Vorkommen von 50 Arbeitern sollen auf dem Lande Betriebskrankenkassen gegründet werden, die im Winter nur die Hälfte des Krankengeldes zu zahlen brauchen. Da haben Sie kein Recht, über soziale Fragen zu klagen! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ganz unabhängig ist die Forderung einer Landwirtschaftskammer, daß man die ärztliche Hilfe auf dem Lande durch Hinzuziehung von Krankenpflegern erziehen sollte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch bei der Unfallversicherung sind die Landarbeiter außerordentlich benachteiligt. In Schlesien müßten 998 der revidierten Betriebe beanstandet werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das beweist, wie mangelhaft die Unfallversicherung ist. In Polen erfolgen die Revisionen nach vorher festgelegten Revisionsplänen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mehrfach hatten die Bauern auch noch die Maßkammer zu verfallen, um der Revision zu entgehen. Von 111 revidierten Großbetrieben in Polen waren nur fünf in Ordnung. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Minister möge in der Verursachung der Unfallversicherung die Pflicht in Bezug auf Unfallversicherungsbedingungen besser zu erfüllen. Die Ausgaben dieser Verursachung für die Zwecke der Unfallversicherung sind ganz minimal im Verhältnis zu den Leistungen der gewerblichen Verursachung. Die mehrzahlige Verursachung und noch mehrere andere haben nicht einen Pfennig dafür ausgegeben, die große Brandenburgische Genossenschaft nur 100 Mark. (Hört, hört!) Die Polizeibehörden sollten beauftragt werden, solche Vorschriften, wo sie fehlen, zu erlassen. Ein weiteres wichtiges Kapitel ist die

unbeschränkte Ausnutzung hilfloser Kinder

in der Landwirtschaft. Die Zahl der ständig beschäftigten Kinder betrug 1907 35 000, insgesamt waren 348 127 Kinder in der Landwirtschaft 1907 beschäftigt. Die Hauptzahl entfällt auf die Großbetriebe. Diese Kinderausbeutung muß die Entziehung aller sozial fühlenden erregen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wochenlang werden Schulhinder durch geistliche Schulinspektoren für Landarbeiten beurlaubt. Diese Kinder müssen den ganzen Tag in der Sommerhitze für 50 Pf. arbeiten. Das ist unfähig, auch ist das Mißverhältnis für die Kinder durchaus gefühlensschädlich, vielfach verunglückte Kinder dabei.

Wie lange wollen Sie diesem Kindermissbrauch zusehen?

Wir müssen verlangen, daß der Minister dagegen einschreite. Wir erwarten, daß er im Reichstag für ein Kinderfürsorgegesetz auch in der Landwirtschaft eintritt. — Die Ermächtigung der ländlichen Arbeiter geht ständig zurück. Es ist soweit gekommen, daß auch die Frauen der Landarbeiter ihre Kinder

Der politische Parteitag

nach am Dienstag im Volkssaal unter sehr harter ... nach am Dienstag im Volkssaal unter sehr harter ...

Betretensanträge

6 Millionen aus dem Ertrage der Steuer verwendet werden. Die Regierung will den Betretern 5 Millionen geben, aber sie ...

Abg. Schmidt (Hpt.): Der sozialdemokratische Antrag ist nur aus agitatorischen Gründen gestellt. Die Sozialdemokraten ...

Abg. Dr. Arndt (Hpt.): Die Erträge für die Steuer sind schon durch die bisher angenommenen Abwägungsanträge ...

Abg. Bölle (Soz.): Unser Antrag ist das einzige Mittel, den Betretern wirklich etwas anderes als bloße Worte zu bieten. ...

Der Herr Reichmann Rede gebirte nicht hierher, sie war nicht zur Sache gehalten, sondern eine reine Artgerechtheitsrede. ...

Abg. Giesbers (Zentr.) befragt die große Steuerbelastung der Industriestädte. Ihnen sollte der Antrag Weber gerecht werden, daher unterlasse ich ihn. ...

Abg. C. v. Berger (Zentr.) befragt den sozialdemokratischen Antrag. Man hat keine Zweifel daran, dass man nicht dauernd den Betretern 6 Millionen zuweisen, da sie ja mit der Zeit aussterben. ...

Abg. Dr. von Savigan (Zentr.) tritt für Streichung des § 49a ein. Es sei nicht anständig, die Gemeinden zu berechnen, irgendwelche Abänderungen an einer Reichsteuer vorzunehmen. ...

Abg. Aach (Wirtsch. Vg.): Es ist eine Legende, dass die Abwägungsanträge von den Rechten ausgegangen seien. ...

Der sozialdemokratische Antrag für die Betretern ist nur eine Defloration, sie wollen damit ihre Ablehnung der ganzen Steuer begründen, sie wollen ja gegen die Steuer. ...

Abg. v. Joch (Soz.): Herr Reichmann weiß ganz genau, warum wir gegen die Schenksteuer getreten haben. ...

Der Staatssekretär meint, das Reich dürfe nicht nur so im Vorbeigehen bedacht werden. In Wirtschaft liegt es aber so, dass viele kleine Gemeinden diese Steuer einführen haben, weil sie das Geld notwendig brauchen, und nur soll ihnen die Hälfte des bisherigen Ertrags genommen werden. ...

Die Anträge auf eine andere Verteilung des Steuerertrags werden abgelehnt, und es wird mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. ...

Die §§ 49b und 50 werden mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. ...

Der Herr Reichmann ist mit dem § 49a einverstanden, außerdem Reichssteuerungs- und Fernspreckgebührenordnung. ...

nicht mehr so erheben können wie früher. Das hängt damit zusammen, dass die Milch immer mehr durch die Weltmärkte ...

Die Zustände bei der Eimererzeugung auf dem Lande ...

Erwidert dass die ländlichen Arbeitgeber selbst Vereine, die sich gegen die Arbeiter richten. Der Verein ...

Das gleiche Recht müssen auch die Landarbeiter haben. Wir erwarten, dass der neue Herr im Ministerium ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Staurauf vortragt das Haus die Arbeiterberatung auf Mittwoch.

Deutscher Reichstag.

113. Sitzung, Dienstag, den 24. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Reichswertzuwachssteuer-Gesetz.

Die Beratung steht ein mit § 49, der dem Reich 50 Prozent, den Bundesstaaten 10 Prozent und den Gemeinden 40 Prozent des Ertrags zuweist. ...

Die Abg. Ahrst und Genossen (Soz.) beantragen, den Gemeinden 60 Prozent, dem Reich nur 30 Prozent zu geben ...

Die Abg. Müller-Pulda und Genossen (Zentr.) beantragen, dass die Zuschläge der Gemeinden 100 Prozent nicht übersteigen dürfen. ...

Ein konservativer Antrag will, das Reichsteuer und Zuschlag zusammen 30 Prozent der Wertsteigerung nicht übersteigen dürfen. ...

Die Abg. Weber und Genossen (natl.) beantragen, den Bundesstaaten 1/2 Prozent, den Gemeinden 4 1/2 Prozent zu geben. ...

Abg. Reimborn (Zentr.) beantragt einen Antrag, den sogenannten Reingehalts 60 Prozent vom Ertrag der Steuer zu überweisen. ...

Abg. v. Joch (Soz.): Herr Reichmann weiß ganz genau, warum wir gegen die Schenksteuer getreten haben. ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

Die Besetzung der Arbeitsstellen habe ich im letzten Jahre aus ...

nicht in Tausch anfalligsten Genossen. Er war ohne jede Mittel. Außer den Papieren ist nur ein Schlüsselbund bei ihm vorgefunden. — Fürher, ein trautes Kapitel aus untern allerchristlichsten Gegenwartsaal!

Wienberg. Großem heraus für patriotischen Sinn im. Einige hiesige Herren haben einen großen Hebel nach bestelligt. Unter der Hand nämlich hieser noch in der trauung. Vage, keinen Gaderverein aufweisen zu können. Im letzten Sonntag haben sich nun einige von Patrioticismus über alle Herren gefunden, um einen solchen Verein zu gründen. Im Vereinsabend ist es nicht so über die Gründung der ersten großen Schritte, ist zu lesen, daß ein „Kamerad“ sich, Müller als erster Vorsitzender gewählt wurde und daß ein „Kamerad“ Bisher für das Zustandekommen der Gründungsversammlung sehr bemüht hat. Das Gründen von mehrpatriotischen Klümmern ist in Wien, die über die nötige Zeit zu sehr annehmbar. Gegen die Vergabe von erparten Großfen für Gadervereinsmitglieder hat der Kreisblatt-Schmel natürlich nichts einzuwenden.

Eisenburg. Schwindel, nichts als Schwindel. Die hiesigen Reichsverbandstheater haben erst kürzlich mit ihrem blühenden Verlauf, für den von der Sozialdemokratie gebührenden „Terrorismus“ einen „Beweis“ zu erbringen, nämlich Schwindel getrieben. Jetzt hat dem Schwindel auch noch den Schwindel angetan, auf welche Art und in wie geschmackvoller Weise die Schwindelrezepte in der Reichsverbandstheater zusammengebrocht werden. Dem Eisenburger der am Sonntag abgehaltenen Protestversammlung gehen die Verhöhnung der preussischen Wahlrechtsreform ist folgendes an dem Schwindel Schwindel:

„Nur es nicht möglich das wir da hin Arbeiten das die Genossen sich nur bei diesen Barbaren und Quarkhunden die sein Handwerk und Zügelwerke anzuheben, den solche Leute sind doch nicht für uns, wir haben genug Barbare, die mit uns gehen. Zu moegen die Verhöhnung ist denn doch das mit vorgebracht werden ich hoffe das hier das moegen den Genossen mitgeteilt werden.“ Ein treuer Genosse, Schilbauer.

Ein Genosse, oder auch nur ein Einwohner dieses Namens existiert in ganz Eisenburg nicht. Uebrigens ist dem Schreiber trotz aller Verhöhnungskünste nicht gelungen, die charakteristischen Zeichen seiner Handchrift ganz zu verwischen. Aber dieser besonderen Herren hätte es gar nicht bedurft. Schon ein oberflächlicher Blick auf den Inhalt zeigt, wo der „treue Genosse“ zu suchen ist; ein politisch oder gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vertritt solchen Blödsinn nicht. Es versteht sich von selbst, daß unsere Genossen nicht auf diese plumpe Täuschung hineingefallen sind, und daß der Schwindel wieder einmal vorbeigegangen ist.

Gohentisch. Der Sozialdemokratische Verein, District Gohentisch, hält Sonntag, den 28. d. M., seine Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung von der letzten Versammlung bleibt aufrecht erhalten. Zahlreiche Genossen aller Mittelgrade nicht entgegen. Die Districtleitung.

Wittenberg. Klüfftig geworden ist der Ausfall der Biegel'schen Zaffron. Er hat eine größere Geldsumme, welche er auf der Wittenbergschen sollte, mitgenommen. Wie festgestellt wurde, hat er sich nach Berlin gewandt.

— **Betriebsunfall.** Der Schlosser Grafenack kam in der Wittenbergschen Maschinenfabrik bei der rechten Hand die Schmitz'sche, wobei er sich den Daumen schwer verletzte.

Schmidberg. Am Fahrstuhl verunglückt. Auf der Wittenbergschen Biegel'schen drei Arbeiter schwer, indem der Mechanismus des Fahrstuhls versagte. Die Arbeiter Weidemanns und Nebel erlitten schwere innere Verletzungen. Der Arbeiter Kaminke trug einen Beinbruch davon.

Gernstedt. Die örtliche Kommission besteht aus folgenden Genossen: Karl Jaenz, Otto Scheffer, Hermann Eisenroth und Hermann Münch. Sämtliche Beschwerden sind zu richten an den Vorsitzenden Karl Jaenz, Hirschelbergstraße 257 b.

Wittenberg. Reichstreuer Freudenauk. Mit einem künftigen „Beweis“ bekräftigt das Eiseler Verbot die Nachricht, daß die Eiseler Arbeiter die das angeblich größte Votum verloren gegangen sei. Es ging also ersichtlich richtiger mit den Genossen im Wittenbergschen. Der Streikfall sei versagen. Die Arbeiter müßte der reichstreue Wagen ja wieder aus dem Saale gezogen sein. Wie weit es mit der Wittenbergschen reichstreuen Verhältnisse bestellt ist, zeigt sich so recht deutlich bei einem in der Stadt Kammberg am 22. d. M. abgehaltenen Versammlung. Dort und die hiesigen im Saale aus. Nicht nur zu lesen von den Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, den die Wittenbergschen Patrioticismus noch belügen sollen. Ein paar alte Männer und Frauen waren erschienen, um den reichstreuen Klümmern zu verberlichen. Die Jugend hätte sich, was nur zu begreifen ist, von diesem Klümmern fern gehalten. Und wir hoffen, daß auch in Zukunft die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, fernhält. Denn die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, die Jugend für sich zu gewinnen, um sie besser auszubilden zu können. Die jungen Leute müssen sich viel mehr daran gewöhnen, die Verhöhnungen richtig zu belachen und in den Wittenbergschen zu verberlichen wo sie ihre Interessen vertreten können. Es das Wittenbergschen über dieses „gänzlich verfallene“ auch wieder einen gedanklichen Artikel bringen wird, bleibt abzuwarten.

Weissenfels. Ein terrorisierender Vektor. Wie dem Zeiger Volkstoten gemeldet wird, soll der Vektor Eberling die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, fernhält. Denn die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, die Jugend für sich zu gewinnen, um sie besser auszubilden zu können. Die jungen Leute müssen sich viel mehr daran gewöhnen, die Verhöhnungen richtig zu belachen und in den Wittenbergschen zu verberlichen wo sie ihre Interessen vertreten können. Es das Wittenbergschen über dieses „gänzlich verfallene“ auch wieder einen gedanklichen Artikel bringen wird, bleibt abzuwarten.

Wittenberg. Die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, fernhält. Denn die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, die Jugend für sich zu gewinnen, um sie besser auszubilden zu können. Die jungen Leute müssen sich viel mehr daran gewöhnen, die Verhöhnungen richtig zu belachen und in den Wittenbergschen zu verberlichen wo sie ihre Interessen vertreten können. Es das Wittenbergschen über dieses „gänzlich verfallene“ auch wieder einen gedanklichen Artikel bringen wird, bleibt abzuwarten.

Allerlei.
Sinale zum Wittenbergschen Projekt.
 Ein Hürer tot. Ein anderer fast zerlegt.
 Ein Hundert blünderbeit im Strabentele.
 Ein halbes Hof auf Jahre fast gelegt. — — —
 Das Resultat? Hund Millionen Notel (W. a. M.)

Deutschnationale „Ruhe und Stuten“.
 Am Verbandorgan des Deutschnationalen Handlungsbüros in Berlin verhandelt man die „Ruhe und Stuten“ wieder mitzutragen. Denn wer wäre berufener, über — — —
 Die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, fernhält. Denn die Wittenbergschen reichstreuen Patrioticismus, die Jugend für sich zu gewinnen, um sie besser auszubilden zu können. Die jungen Leute müssen sich viel mehr daran gewöhnen, die Verhöhnungen richtig zu belachen und in den Wittenbergschen zu verberlichen wo sie ihre Interessen vertreten können. Es das Wittenbergschen über dieses „gänzlich verfallene“ auch wieder einen gedanklichen Artikel bringen wird, bleibt abzuwarten.

Der sinnig gemachte Vergleich mit dem jungen Rind die 5
 liegt in einem antiseptischen Jünglingsgemüt eigentlich auch am nächsten. . . .
Verurteilter Marineelement.
 Das Marineoberkriegsgericht in Kiel verurteilte als Berufungsinstanz bei unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung den fahnenflüchtigen Kapitänleutnant Berg wegen Unterschlagung von Waffensystemen auf dem Kreuzer „Seydlitz“ und wegen wilsentlicher Fahnenflucht und Fahnenflucht zu zwei Jahren Gefängnis und Entlassung aus dem Decore.

Schiffszusammenstoß.
 Das Genesesschiff 389 ist in der Nähe von Dürenkirchen bei Tagesanbruch mit dem deutschen Dampfer „Matia“ zusammengeknallt. Das Genesesschiff sank nach wenigen Minuten. Die Besatzung des Schraubes konnte gerettet werden und wurde nach Dürenkirchen gebracht.

Anfälle auf dem Eise.
 Drei Schüler, die sich auf die Eisbahn eines Tümpels bei Jena auf die Eisbahn in Oberhesseln gewagt hatten, brachen ein. Ein gefährlicher Knabe verlor im Wasser. Ein Kamerad versuchte ihn zu retten, brach jedoch ebenfalls ein und ertrank.

Wasserstände.
 (+ bedeutet über, — unter Null.)

Ort	19. Jan.	20. Jan.	21. Jan.	22. Jan.
Alten, Weissenfels.	+0,64	+0,60	+0,04	—
Wittenberg.	+1,18	+1,12	+0,06	—
Weissenfels, Oberp.	+2,52	+2,44	+0,08	—
Unterp.	+0,56	+0,26	+0,30	—
Trotha.	+2,52	+2,28	+0,24	—
Wittenberg, Oberp.	+2,18	+2,02	+0,16	—
Wittenberg.	+1,75	+1,58	+0,17	—
Wittenberg, Oberp.	+1,78	+1,71	+0,07	—
Unterp.	+1,54	+1,36	+0,18	—

Eise.

Ort	23. Jan.	24. Jan.	25. Jan.
Dresden.	+0,14	+0,02	—
Torgau.	+2,30	+2,14	+0,14
Wittenberg.	+2,03	+1,87	+0,16
Wittenberg.	+2,35	+2,50	+0,14
Wittenberg.	+2,59	+2,69	+0,10
Wittenberg.	+2,00	+2,15	+0,15

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteiprogramm Paul Fennig für Ausland, Gewerkschaftliches, Familien und Vermischtes Karl Bod. Lokales Otto Riebusch, Provinzial- und Verfallungsberichte Gottl. Kasparel, sämtlich in Halle.

Erste Ausgabe der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Unsere Filial-Expeditionen,
 in denen Inskate und Monuments-Bestellungen zu Originalpreisen entgegengenommen werden, sind:

- H. Albrecht, Zigarettenhandlung, Lindenstr. 54.
- G. Bendin, do., Zofstr. 43.
- J. Schneider, do., Reinerstr. 28.
- J. Sams, do., Geisstr. 5.
- Karl Feininger, do., Mittelwache 9.
- G. Gerig, Materialwarenhandlung, Triftstr. 28.

Haupt-Expedition, Herz 42/43.

Nur einer,
 nämlich Rathreiners Walztaffel,
 hat sich seit über 20 Jahren bewährt.
 Der Gehalt macht's!

Knorr's
Hafermehl
 seit über 40 Jahren als
 zuverlässige Kindernahrung
 bekannt und bewährt. Einzig richtiger Zusatz zur Kuhmilch.
 Leichtverdauliche Speise für Schüler und Kranke.

Nur in Originalpaketen von 1/4 und 1/2 kg. Jedes Paket erhält einen Gutschein.
 Verlangen Sie die Prämienliste von der Firma C. H. Knorr A.-G., Heilbronn a. N.

Für jeden Teint!

- Rosaderma Tube 1.—
- Raloderma Tube 10, 25 und 50 Pfg.
- Veilchen-Cream Tube 10, 30, 50, 1.—
- Nachener Thermal-Cream Tube 75 u. 1.50
- Zuckoo-Cream Tube 75 u. 2.—
- Sifenmilch-Cream Tube 30 u. 50 Pfg., nur echt bei

Drogerie Max Rädler,
 Nonnenstraße 2.
 Jed. Posten weiße Mäuse zu kaufen gesucht.
O. Dorendorf, Geisstr. 26.

Neue Ausgabe.
Baupolizei-Verordnung
 für das platte Land des Regierungsbezirks Merseburg.
 Vom 5. Dezember 1910.
 Preis 60 Pfg. Porto 5 Pfg.
 Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Halle a. S., Markt 42/43.

Was wollen die Frauen in der Politik?
 Von Therese Schellinger.
 Preis 10 Pfg.
 Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung.

Möbel-Fabrik
 der Vereinigt. Tischlermeister,
 Kl. Steinstrasse 6,
 empfiehlt ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.

Büchlinge
 aus frisch eintreffendem Waggon die Rüte nur 90 Pfg.

Bratheringe
 Die große Dose 2,25 Mk.
 Die halbe Dose 1,30 Mk.
 sowie sämtliche Hygieneartikel empf. stets frisch und billig.

Friedr. Hoefler, Rathaus.

Stempel-Fabrik
 Nikolaistr. 6
 Alfred Pfautsch.

Billige Arbeits-Hosen
 in blau, gestreift, engl. Leder, für Männer

Serie I nur 1.70	Serie II nur 2.25	Serie III nur 2.85
------------------	-------------------	--------------------

in, wie seit Jahren bekannt, nur bestem Schnitt und bester solider Verarbeitung.
 Ferner folgende Sorten vorhanden:
ein Paß Strückerhosen a nur 2.65 Mk.
 5% Rabatt.
 NB. Bitte die Schaftmessenunterlagen gefälligst zu beachten.
Ernst Renner, 14 Marktplatz 14.

H. Nolte
 Wertheburgerstraße 162 empfiehlt
Grüne Heringe,
 2 Pfund 25 Pfg.

Fahrräder
 gut erhalten, verk. für 35, 40, 48, 55 u. 65 Mk. mit u. ohne Freilauf.
H. Schneider, Kl. Ulrichstr. 35.

Böhler's Rossschlächterei
 befindet sich auch
Kleine Ulrichstr. 29.
 Täglich frische
Fleisch- und Wurstwaren
 wie bekannt.
 Achtungsvoll
H. Böhler.

Nach langjähriger Tätigkeit als Spezialarzt in Breslau, Anstaltsarzt am Sanatorium von Zimmermann in Chemnitz und leitender Arzt an den Wasserheil-Anstalten St. Josefsfeldt und Germanenbad in Ziegenhals O/S. habe ich mich hier als
Spezialarzt für Wasserheilverfahren u. Massage
 niedergelassen.

Dr. med. Wolfgang Bohn,
 Bertramstr. 24. I (am Steinweg).
 Sprechstunden an Wochentagen: 9—10, 2—3.

Pantoffelmachern
 empfiehlt: Pflanzl. Cord, Futter- und Schellentia
J. Noah, gr. Klausstr. 7.

Kaufe
 Papier, Blech, Lampen, Eisen, Gummi, Metalle u. Folie.
Herm. Rein,
 Halle-Gleichenstein,
 Königsberg 5. Tel. 2409.

Schöne Waaren u. Verfügen zu verl. Restum u. mod. fleißige Feiluren führt aus S. Restum u. Feiluren-Geschäft. Gleichenstr. 11.

Jeden Donnerstag
Schiffahrt
 F. Haack.
 3. Veransch. B. Tel. 1000.